



Vorlagen-Nr.
2018/Amt 10/00650

Antrag

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungsdatum
Rat	Entscheidung Ö	25.04.2018

Einbindung der politischen Gremien in den städtischen Regiebetrieb

Der Antrag der **SPD-Fraktion** hat folgenden Wortlaut:

Der Rat der Stadt Heinsberg soll folgendes beschließen:

„Der Regiebetrieb soll mit sofortiger Wirkung so arbeiten, wie es der Workflow in der Präsentation, die in der Ratssitzung vom 7. September 2016 vorgestellt wurde, vorsieht. Nach diesem Workflow ist die Einbindung der politischen Gremien, insbesondere des Planungs-, Umwelt- und Verkehrsausschusses in den wesentlichen Phasen des Entscheidungsprozesses vorgesehen.“

Begründung:

Wie bereits in unserer Haushaltsrede vom 28.02.2018 erwähnt, wünschen wir uns eine bessere und frühzeitigere Einbindung der politischen Gremien in den städtischen Regiebetrieb.

Auszug aus der Haushaltsrede vom 28.02.2018:

(Zitat):

„Die Organisation des Regiebetriebes wurde dem Rat vorgestellt. Die Arbeit des Regiebetriebes läuft anscheinend problemlos. Dennoch würde sich die SPD-Fraktion eine bessere Einbindung der politischen Gremien wünschen. Vor Beginn von Projekten sollte aus Sicht der SPD-Fraktion der Planungs-, Umwelt- und Verkehrsausschuss informiert werden. Dort sollten Zahlen und Daten bezüglich solcher Projekte vorgelegt werden. In diesem Ausschuss kann sich dann die Politik einbringen und darüber beraten, positiv wie negativ.

Dies sollte nicht nur im Vorfeld eines Projektes passieren, sondern auch in der Nachbetrachtung. Wichtige Erkenntnisse über den wirtschaftlichen Erfolg oder sonstige Erkenntnisse können aus diesen Projekten gezogen werden.“ (Zitatende)

Der Punkt 1 im Workflow der damaligen Vorstellung besagt: „Politik oder Verwaltung“ planen ein Baugebiet.

Wir sind der Auffassung, dass es heißen muss: „Politik und Verwaltung“ planen ein Baugebiet.

Unter den Aufgaben des Bürgermeisters steht beschrieben:

Leitet den Regiebetrieb

Bestimmt nach **Absprache** mit den politischen Gremien, welche Maßnahmen durchgeführt werden sollen

Diese Absprachen sollten aus Sicht der SPD-Fraktion frühestmöglich im Planungs-, Umwelt- und Verkehrsausschuss besprochen werden.

Damit ist gewährleistet, dass die Politik, noch bevor die Verwaltung Zeit in Maßnahmen investiert, beteiligt ist und ggf. positiv wie negativ auf Maßnahmen einwirken kann.

Weitere Erläuterungen erfolgen ggf. mündlich.

Des Weiteren ist aus dem Organigramm des städtischen Regiebetriebs klar erkennbar, dass bei diesem Konstrukt kein „Technischer Beigeordneter“ von Nöten ist.